

Kassel, 27. Juni 2012

Niederschrift
über die **14. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 13. Juni 2012, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Gernot Rönz, 1. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne
Dr. Maik Behschad, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Christian Geselle, Mitglied, SPD
Hermann Hartig, Mitglied, SPD
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD (Vertretung für Wolfgang Decker MdL)
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD (Vertretung für Uwe Frankenberger MdL)
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dirk Döhne)
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne
Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne
Bernd-Peter Doose, Mitglied, CDU
Georg Lewandowski, Mitglied, CDU
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Kai Boeddinghaus, Mitglied, Kasseler Linke
Jörg-Peter Bayer, Mitglied, Piraten
Donald Strube, Mitglied, parteilos (Vertretung für Frank Oberbrunner)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, Stadtverordneter, Freie Wähler

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD
Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Thilo von Trott zu Solz, Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH
Frank Eckert, Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH
Manfred Merz, Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Klaus Koch, Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Rolf Hedderich, Kämmerei und Steuern
Elke Saupe-Klinger, Kämmerei und Steuern

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Cornelia Engelhardt-Fröhlich, Bauverwaltungsamt
Gerhard Halm, Die Stadtreiniger Kassel
Stefan Stremme, Die Stadtreiniger Kassel
Judith Osterbrink, Jugendamt
Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Tagesordnung:

1.	Jahresbericht Wirtschaftsförderung	101.15.1352
2.	Sachstandsbericht Kasseler Bäder	101.17.104
3.	Hessentag 2013	101.17.288
4.	Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen, hier: dritte Änderung	101.17.474
5.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; -Kenntnisnahme Liste III/2012-	101.17.481
6.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; -Kenntnisnahme Liste IV/2012-	101.17.482
7.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; -Kenntnisnahme Liste V/2012-	101.17.487
8.	Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG)	101.17.494
9.	Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung) - Dritte Änderung -	101.17.500
10.	Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)	101.17.501
11.	Änderung der Straßenbeitragssatzung	101.17.310
12.	Kosten für Broschüre "Bauen im Konjunkturprogramm der Stadt Kassel"	101.17.365
13.	Beschäftigungsverhältnisse in städtischen Beteiligungsgesellschaften	101.17.370
14.	Ratsbegehren jetzt	101.17.389
15.	Informationsfreiheitssatzung	101.17.390
16.	Anfrage zur Umsetzung der Beschlüsse 101.16.752 und 101.16.534	101.17.394
17.	Konzept zur Einrichtung von MieterInnenbeiräten in der GWG	101.17.432
18.	Kommunaler Schutzschirm	101.17.473
19.	Umsetzungskontrolle der Stadtverordnetenbeschlüsse	101.17.490
20.	Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“	101.17.505

1. stellvertretender Vorsitzender Rönz eröffnet die mit der Einladung vom 6. Juni 2012 ordnungsgemäß einberufene 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stellvertretender Vorsitzender Rönz teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte

8. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz – SchuSG)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.494 –

und

18. Kommunaler Schutzschirm

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.17.473 –

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen und getrennt abgestimmt werden.

Stellvertretender Vorsitzender Rönz stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Jahresbericht Wirtschaftsförderung

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Oktober 2005

Bericht des Magistrats

- 101.15.1352 -

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, alljährlich im Ausschuss für Wirtschaft und Energie über die Tätigkeit der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH zu berichten.

Oberbürgermeister Hilgen übergibt das Wort an Herrn von Trott zu Solz, Geschäftsführung Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH. Herr von Trott zu Solz stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Tätigkeiten der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH vor und beantwortet gemeinsam mit Herrn Eckert, Projektmanager Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitgliedern.

Der Bericht von Herrn von Trott zu Solz und Herrn Eckert wird zur Kenntnis genommen.

2. Sachstandsbericht Kasseler Bäder

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2011

Bericht des Magistrats

- 101.17.104 -

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, in jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Sachstand bezüglich der Kasseler Bäder zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über den Sachstand der Kasseler Bäder und beantwortet im Rahmen einer regen Diskussion die sich anschließenden Nachfragen.

Der Bericht von Stadtkämmerer Dr. Barthel wird zur Kenntnis genommen.

**3. Hessentag 2013
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2011
Bericht des Magistrats
- 101.17.288 -**

Beschluss

1. Die Stadt Kassel bewirbt sich um die Ausrichtung des Hessentags 2013. Der Magistrat wird beauftragt, die entsprechenden Erklärungen gegenüber dem Land Hessen abzugeben und im Falle eines Zuschlags die weitere Konzeption und Planung des Hessentags in die Wege zu leiten. Über den Stand der Vorbereitungen berichtet der Magistrat vierteljährlich im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen.
2. ...

Oberbürgermeister Hilgen gibt einen ersten Zwischenbericht über den Stand der Vorbereitungen zum Hessentag 2013 vom 14. bis 23. Juni 2013 in Kassel.

Die eingerichtete Projektstruktur zur Vorbereitung des Hessentages besteht aus dem Lenkungsausschuss, dem die hauptamtlichen Magistratsmitglieder angehören, der Hessentagsbeauftragten und 7 Projektgruppen für die Bereiche Marketing, Personal/Finanzen, Bürgerschaftliches Engagement, Infrastruktur, Verkehr/Mobilität, Sicherheit und Klimafreundlichkeit.

Der Hessentag 2013 wird sich auf folgende Bereiche konzentrieren:

- Zwischen Innenstadt und Karlswiese werden sich Hessentagsstraße, Weindorf, HR-Zelt und kleine wie auch mittelgroße Aktionsbühnen befinden;
- die großen Musik- und sonstigen Veranstaltungen finden u. a. statt im Auestadion und der Eissporthalle;
- am Freizeitgelände Buga-See werden die Landesausstellung, die Ausstellung „Natur auf der Spur“ und die großen Außenpräsentationen sein.

Das Hessentagspaar Alexandra Berge und Tobias Krechel wurde vorgestellt und hatte seinen ersten öffentlichen Auftritt auf dem Hessentag in Wetzlar.

Nächste Woche wird Oberbürgermeister Hilgen gemeinsam mit Staatsminister Wintermeyer das Hessentags-Logo vorstellen.

Im Anschluss an den Bericht beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht von Oberbürgermeister Hilgen wird zur Kenntnis genommen.

**4. Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen
Hier: dritte Änderung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.474 -**

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der dritten Änderung der „Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen“ in der aus der Anlage ersichtlichen Form wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen
Hier: dritte Änderung, 101.17.474, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Hartig

- 5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; - Kenntnisnahme Liste III/2012 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.481 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von den in der beigefügten Liste III/2012 gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Ergebnishaushalt in Höhe von	76.840,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von	16.060,00 €

Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

- 6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; - Kenntnisnahme Liste IV/2012 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.482 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von den in der beigefügten Liste IV/2012 gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Ergebnishaushalt in Höhe von	61.380,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von	2.535,75 €

Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

7. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; - Kenntnisnahme Liste V/2012 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.487 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,
von der in der beigefügten Liste V/2012 gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten
Aufwendung/Auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie eine über-
und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)
im Ergebnishaushalt in Höhe von 25.000,00 €
Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Stellvertretender Vorsitzender Rönz ruft die Tagesordnungspunkte 8 und 18 wegen
Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

8. **Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.494 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Der Antrag auf Entschuldungshilfe nach § 1 Abs. 1 und die Anträge auf Zinsdiensthilfen, nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes werden gestellt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, bis zum Ablauf der vom Land Hessen vorgesehenen Frist (29. Juni 2012) entsprechende Anträge zu stellen, antragsbegründende Unterlagen beizufügen und die Verhandlungen mit dem Land Hessen über die abzuschließende Vereinbarung zu führen.
3. Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen.
4. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Vereinbarung mit Land Hessen über die Inanspruchnahme der Entschuldungshilfe zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Stadtverordneter Hartig, SPD-Fraktion, bringt folgenden gemeinsamen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

➤ **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

Folgender Punkt ist als neue Ziffer 1 in den Beschlusstext aufzunehmen:

1. Es wird festgestellt, dass die vom Land Hessen beschlossene Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 350 Millionen Euro für die Stadt Kassel eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um 15 - 20 Millionen Euro jährlich bedeutet. Die Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm kann diese Verschlechterung der Finanzausweisung nicht kompensieren.

Ziffer 3 alt des Beschlusstextes wird wie folgt ergänzt:

3. Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen. **Hierbei soll der Weg der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht verlassen und die Attraktivitätssteigerung der letzten Jahre, insbesondere in der Familienfreundlichkeit, der Stärkung des Kultur-, sowie des Bildungs- und Hochschulstandortes Kassel, fortgeführt werden.**

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, und Stadtverordneter Dr. Behschad, CDU-Fraktion, beantragen die abschnittsweise Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Piraten, FDP

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 1 des gemeinsamen Änderungsantrages zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 2 des gemeinsamen Änderungsantrages zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext wird ergänzt:

5. Bis zur endgültigen Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung berichtet der Magistrat über die aktuellen Inhalte der Verhandlungen in jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **abgelehnt**.

➤ **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. **„Es wird festgestellt, dass die vom Land Hessen beschlossene Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 350 Millionen Euro für die Stadt Kassel eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um 15 - 20 Millionen Euro jährlich bedeutet. Die Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm kann diese Verschlechterung der Finanzzuweisung nicht kompensieren.**
2. Der Antrag auf Entschuldungshilfe nach § 1 Abs. 1 und die Anträge auf Zinsdiensthilfen, nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes werden gestellt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, bis zum Ablauf der vom Land Hessen vorgesehenen Frist (29. Juni 2012) entsprechende Anträge zu stellen, antragsbegründende Unterlagen beizufügen und die Verhandlungen mit dem Land Hessen über die abzuschließende Vereinbarung zu führen.
4. Der Magistrat wird beauftragt Optionen für die Realisierbarkeit eines tragfähigen Konsolidierungskonzeptes zu prüfen, um mittelfristig ein ausgeglichenes ordentliches Jahresergebnis zu ermöglichen. **Hierbei soll der Weg der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht verlassen und die Attraktivitätssteigerung der letzten Jahre, insbesondere in der Familienfreundlichkeit, der Stärkung des Kultur-, sowie des Bildungs- und Hochschulstandortes Kassel, fortgeführt werden.**
5. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Vereinbarung mit Land Hessen über die Inanspruchnahme der Entschuldungshilfe zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke, Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag des Magistrats betr. Hessisches Kommunales Schutzschirmgesetz (Schutzschirmgesetz - SchuSG), 101.17.494, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

18. Kommunaler Schutzschirm

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.473 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird zwecks zügiger Schuldenreduzierung aufgefordert, das „Hessische Kommunale Schutzschirmgesetz“ in Anspruch zu nehmen.

Hierzu hat der Magistrat unverzüglich in Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung einzutreten, um die notwendigen Haushaltssanierungskonzepte mit klaren und nachhaltigen Konsolidierungszielen abzustimmen und festzulegen.

Über das Ergebnis der Konsolidierungsverhandlungen ist im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Strube, FDP-Fraktion, auf Vorschlag von Stellvertretenden Vorsitzenden Rönz den Antrag der FDP-Fraktion wie folgt ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Über das Ergebnis der Konsolidierungsverhandlungen mit dem Land betr. dem „Kommunalen Schutzschirm“ hat der Magistrat im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke

Enthaltung: Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der FDP-Fraktion betr. Kommunaler Schutzschirm, 101.17.473, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

- 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung)**
- Dritte Änderung -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.500 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung) - Dritte Änderung - in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung) - Dritte Änderung -, 101.17.500, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Behschad

- 10. Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.501 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung), 101.17.501, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kai Boeddinghaus

11. Änderung der Straßenbeitragssatzung

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.310 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Kosten für Broschüre "Bauen im Konjunkturprogramm der Stadt Kassel"

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.365 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Beschäftigungsverhältnisse in städtischen Beteiligungsgesellschaften

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.370 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Ratsbegehren jetzt

Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.389 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Informationsfreiheitssatzung

Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.390 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 16. Anfrage zur Umsetzung der Beschlüsse 101.16.752 und 101.16.534**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.394 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 17. Konzept zur Einrichtung von MieterInnenbeiräten in der GWG**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.432 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 19. Umsetzungskontrolle der Stadtverordnetenbeschlüsse**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.490 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 20. Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.505 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Gernot Rönz
1. stellvertretender Vorsitzender

Edith Schneider
Schriftführerin